

Junge IS-Kämpfer nutzen verschlüsselte Messenger-Dienste, um Anschläge vorzubereiten. Die Polizei muss sich digital besser aufstellen und europaweit die Zusammenarbeit verstärken, fordert BKA-Chef Holger Münch bei einem Symposium in Hannover – und Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius bringt gleich ein europäisches FBI ins Spiel.

# Neue Strategien gegen den Terror

VON SILKE KATENKAMP

**HANNOVER.** Die Sicherheitsbehörden in Europa müssen sich technisch besser aufstellen und vernetzen, um der wachsenden Gefahr des islamistischen Terrorismus zu begegnen. Das forderte der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, bei einem Islamismus-Symposium in Hannover. „Die Polizei muss grenzübergreifend zusammenarbeiten. Davon sind wir noch ein großes Stück entfernt“, sagte der BKA-Chef. So müssten ins Schengener Informationssystem, in dem europaweit Personendaten ausgetauscht werden, auch biometrische Daten wie Fingerabdrücke integriert werden. Das soll nach und nach umgesetzt werden.

Sollten die Strukturen der Terrormiliz Islamischer Staat zusammenbrechen, wird dadurch die Terrorismusgefahr in Europa nicht gebannt, erläuterte der BKA-Chef in seinem Vortrag bei einer Tagung auf Einladung des niedersächsischen Innenministeriums. Die Zahl der potenziellen Islamisten sei nach wie vor hoch, auch in Deutschland.

Bundesweit beobachten die Ermittler derzeit 705 Gefährder, also potenzielle Attentäter. Das sind mehr als fünfmal so viele wie im Jahr 2013. Die Gefährderüberwachung liege zu Recht bei den Ländern, der Bund unterstütze, sagte Münch. Allerdings müssten endlich die Polizeigesetze der Länder vereinheitlicht werden, damit überall Telefonüberwachung möglich werde und ein Gefährder, der in Bayern eine Fußfessel trägt, sich nicht durch einen Umzug nach Hamburg den Behörden entziehen könne.

Der Direktor von Europol, Rob Wainwright, sagte, Deutschlands Antwort auf die Terrorismusbedrohung sei besser als die anderer Länder. Die europäische Polizeibehörde verstehe sich als Brückenbauer und biete eine Plattform für den Datenaustausch zwischen den Ländern. Aus Sicht von Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius tut sich auf europäischer Ebene noch zu wenig. „Ich halte es für notwendig, über eine Art europäisches FBI nachzudenken“, sagte der SPD-Politi-

ker. Für grenzüberschreitende Ermittlungen sollte nach seiner Vorstellung zunächst ein kleiner Kreis von Ländern Kompetenzen an Europol abgeben. Zudem plädierte Pistorius für die Einführung einer europaweiten Extremistendatei.

Einig waren sich die Sicherheitsexperten darüber, dass bestimmte Gruppen besonders ins Visier genommen werden müssen. Rund 950 überwiegend junge Extremisten seien bisher aus Deutschland in die IS-Kampfgebiete nach Syrien und in den Irak ausgereist, eventuell bildeten sie neue internationale Netzwerke.

Zwar gebe es eine Vielzahl von Strafverfahren gegen IS-Rückkehrer, doch was passiert, wenn diese nach drei bis sechs Jahren aus dem Gefängnis entlassen werden? Besonders die Salafisten-Szene und Flüchtlinge seien an ihrer Lebensumstände anfällig für eine Radikalisierung, warnte die Runde – da würden nur noch neue „Präventionsanstrengungen“ helfen.



Boris Pistorius

**VERWÜSTUNG:** Der Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt im vergangenen Dezember hätte möglicherweise vermieden werden können, wenn die Sicherheitsbehörden besser zusammengearbeitet hätten.

Foto: dpa



## NPINTERVIEW

### Hirschmann: „Ein europäisches FBI bekommt man nicht hin“

VON PETRA RÜCKERL

Politikwissenschaftler Kai Hirschmann, Vizechef des Instituts für Terrorismusforschung in Essen, sagt im NP-Interview, warum ein europäisches FBI keine Chance hätte.

**Braucht Europa ein FBI, wie Boris Pistorius es fordert?**

Da Terrorismus nicht an Grenzen gebunden ist, wäre die Idee gut, eine europäische Polizei mit Ermittlungskompetenzen aufzubauen. Aber: Das amerikanische FBI hat eine Reihe von Exekutivbefugnissen, es ist Strafverfolgungsbehörde und gleichzeitig Inlandsgeheimdienst. Es ist eine Bundesbes-

hörde, die Bundesstaaten haben an das FBI Kompetenzen abgetreten. Polizeiliche und nachrichtendienstliche Kompetenzen in einer europäischen Behörde zu bündeln, bekommen Sie nicht hin.

**Warum nicht?**

Das müssten alle EU-Länder mitmachen. Das scheitert an nationalen Egoismen. So etwas schaffen wir nicht einmal in Deutschland, wo sich noch nicht einmal die Bundesländer hineinreden lassen. Polizei ist Ländersache. Auf europäischer Ebene ist das nicht besser. Deswegen muss man machen, was geht.

**Was ginge denn?**

Im Bereich des Datenabgleichs – sowohl bei den Systemen als auch der Technik und den Inhalten – ist in Europa noch sehr viel Luft nach oben. Die EU-Mitgliedsstaaten haben bereits viele Kompetenzen abgegeben, aber nicht im Bereich der Polizei und der Streitkräfte. Eine Idee wäre ein europäisches Terrorismus-Abwehrzentrum, in der die Informationen über Terrorverdächtige ausgetauscht werden. Wir haben in Deutschland ja bereits ein entsprechendes Zentrum, das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), das 2004 in Berlin eingerichtet wurde. Da sitzen die Sicherheitsbehörden vom Bund und den Ländern drin

und tauschen sich aus.

**Und das könnte auf europäischer Ebene funktionieren?**

Das könnte funktionieren, wenn die Strafverfolgungskompetenzen bei den einzelnen Mitgliedsstaaten bleiben. Die nationale Polizei, die nationalen Geheimdienste bleiben erhalten. Aber es wäre ein Fortschritt, wenn wir darüber hinaus gemeinsame polizeiliche und nachrichtendienstliche Informationen hätten. Nehmen wir an, die sitzen quasi an einem Tisch. Der Deutsche berichtet von einem Verdächtigen namens A., der portugiesische Kollege berich-



Kai Hirschmann

tet, „den hatten wir schon vor zwei Monaten im Visier“, die Franzosen erklären, dass ihre Nachrichtendienste den auch auf dem Schirm haben. Dann wird klar, der Verdächtige ist in Europa vernetzt und in ganz Europa aktiv. Dadurch bekommt man ein gemeinsames Lagebild. Und wenn man dann sieht, dass A. quasi als wandelnde IS-Bombe durch Europa reist und feststellt, dass er jetzt gerade wieder in Portugal ist, kann man die nationalen Strafverfolgungsbehörden dort anweisen, den Mann aus dem Verkehr zu ziehen.

**Könnte Europol nicht einbezogen werden?**

Europol hat keine Exekutivbefugnisse, das heißt, die Polizei darf nichts machen. Es ist im Prinzip ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch. Sie soll die Polizeibehörden Europas im Bereich der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität koordinieren. Die können keine Strafverfolgung machen. Was wir brauchen, ist ein wirklich gemeinsames Lagezentrum, in dem alle Mitgliedsstaaten vertreten sind, in der alle ihre Erkenntnisse offenlegen und man gemeinsam zu Lagebewertungen und Gefährdungsanalysen kommt. Sicher kann man einige Aspekte von Europol darin integrieren.